

Sinai – von der Pufferzone zum Kriegsgebiet

Die Vernachlässigung des Sinai und das wachsende Sicherheitsvakuum auf der Halbinsel haben dazu beigetragen, dass der Hinterhof Ägyptens zu einer Hochburg militanter Extremisten wurde. Dies hat nicht nur nationale, sondern auch regionale und globale Auswirkungen.

Von Lisa Watanabe

Am 10. November 2014 machte die angespannte Situation auf der ägyptischen Halbinsel Sinai weltweit Schlagzeilen: Die schlagkräftigste der salafistisch-dschihadistischen Organisationen, *Ansar Bait al-Maqdis*, gab ihre Absicht bekannt, sich dem sogenannten «Islamischen Staat» (IS) anzuschliessen. Sie wurde in der Folge unter dem Begriff «Provinz Sinai» bekannt. Im vergangenen Jahrzehnt ist der Sinai zu einem fruchtbaren Nährboden für gewaltbereite Islamisten geworden. Grund dafür ist die Entfremdung der örtlichen Bevölkerung von der Regierung in Kairo und deren gleichzeitiger Autoritätsverlust auf der Halbinsel. Das Sicherheitsvakuum, welches der Sturz Hosni Mubaraks im Jahr 2011 hinterliess, begünstigte diese Entwicklung. Der Sinai wurde zu einem massiven Unruheherd und Zufluchtsort für Dschihadisten, von denen einige mit global agierenden terroristischen Netzwerken kooperieren. Seit dem Militärputsch 2013 richtet sich die Gewalt der islamistischen Gruppen auf dem Sinai vorrangig gegen das ägyptische Militär und die staatlichen Sicherheitskräfte.

Die Anschläge gelten jedoch nicht allein den ägyptischen Behörden. Viele Gruppen des Sinai verüben Anschläge auf Ziele in Israel und nutzen das Tunnelnetzwerk zwischen dem Sinai und Gaza zu ihrem Vorteil. Auf diese Weise nehmen sie Einfluss auf das heikle Dreiecksverhältnis zwischen Ägypten, Israel und dem Gazastreifen. Besseres ist, dass die Gruppen in



Ägyptische Sicherheitskräfte sprengen in der Grenzzone zum Gazastreifen auf der ägyptischen Seite Häuser von Palästinensern in die Luft, um eine Pufferzone zu schaffen (30.10.2014).

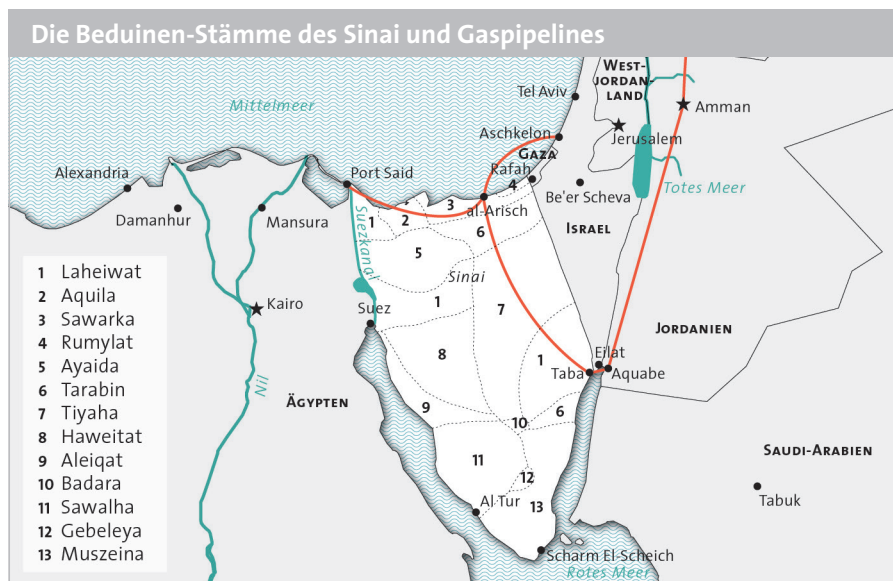
Ibraheem Abu Mustafa / Reuters

der Lage sind, zivile Flugzeuge, Tourismuszentren und Schiffe auf dem Suezkanal anzugreifen sowie Entführungen und Lösegelderpressungen durchzuführen. Vor diesem Hintergrund haben die Staaten Europas, einschliesslich der Schweiz, ein gezieltes Interesse daran, die Situation auf dem Sinai zu verbessern.

Dschihad-Kämpfer auf dem Sinai

Die Sinai-Halbinsel ist Rückzugsort für zahlreiche nichtstaatliche bewaffnete Gruppen, darunter auch militante Beduinen und islamistische Gruppen. Da der Sinai geografisch weitgehend abgeschottet ist, herrscht Unklarheit über die Lage vor

Ort. Es wird jedoch vermutet, dass Hamas und andere militante Gruppen des Gazastreifens über ein ausgedehntes Tunnelnetzwerk im Nordosten des Sinai regelmässig Waren, Waffen und Sprengstoff nach Gaza schmuggeln. Von der Kaida inspirierte oder dem IS nahestehende salafistische Dschihadisten sollen ebenfalls vom Nordosten des Sinai aus operieren. In den Küstenregionen nahe des Suezkanals sind hingegen vermutlich die militant islamistischen Gruppen des ägyptischen Festlandes, die vorrangig ägyptische Behörden angreifen, am aktivsten. Über das Verhältnis zwischen den jeweiligen Gruppen ist wenig bekannt, bis zu einem gewissen Grad aber sind logis-



tische Überschneidungen und Kooperationen erkennbar. Die Haupteinnahmequellen der Extremisten stellen kriminelle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Schmuggelwirtschaft auf dem Sinai dar oder die finanzielle Hilfe ausländischer Islamisten.

Die bekannteste und schlagkräftigste salafistisch-dschihadistische Gruppe ist die «Provinz Sinai» (früher bekannt als *Ansar Bait al-Maqdis*), die eigenen Angaben zufolge 2012 von mehreren Ägyptern gegründet wurde. In ihrer Ideologie ähnelt die Gruppe der Kaida, eine organisatorische Beziehung zum Netzwerk ist jedoch nicht belegt. Die Mehrheit besteht aus lokalen Beduinen, darüber hinaus kommen Mitglieder aus dem erweiterten Nahen Osten, darunter Kämpfer aus Syrien, und aus Nordafrika. Anfänglich verübte die Gruppe vor allem Anschläge auf Israel wie etwa in Eilat und an der Erdgaspipeline, die bis 2012 Erdgas vom Sinai nach Israel beförderte. Nach dem Militärputsch 2013 erklärte sie den ägyptischen Militär- und Sicherheitskräften den Krieg. Zu den jüngsten und bekanntesten Anschlägen zählen der versuchte Mordanschlag auf den Innenminister Mohammed Ibrahim im September 2013, das Bombenattentat auf die Polizeizentrale des im Nildelta gelegenen Mansura im Dezember 2013, die Bombenserie in Kairo im Januar 2014 und der Abschuss eines ägyptischen Militärhubschraubers mit einem tragbaren Luftabwehrsystem nahe Scheich Zuweid im gleichen Monat. Darüber hinaus ist die Gruppe verantwortlich für die beiden schwersten Anschläge seit dem Sturz der

Regierung Mursi, bei dem am 24. Oktober 2014, abermals in Scheich Zuweid, 30 Sicherheitsbeamte ums Leben kamen sowie für die vier Attacken vom 29. Januar 2015 im Nord-Sinai, die rund 30 Tote forderten.

Eine weitere bekannte Gruppe ist der Mudschaheddin-Schura-Rat (MSC). Unter der 2012 gegründeten Dachorganisation sind verschiedene dschihadistische Gruppen des Gazastreifens vereint. Der MSC lehnt den 1979 unterschriebenen ägyptisch-israelischen Friedensvertrag vehement ab und greift vorrangig Ziele in Israel an. Der MSC hat sich darüber hinaus zu Sprengstoffattentaten in den Grenzgebieten im Juni 2012 sowie zu Raketenangriffen auf die israelischen Städte Sderot (im März 2013) und Eilat (im April und August 2013) bekannt. Der MSC sympathisiert mit der «Provinz Sinai» und schwor dem IS im Februar 2014 die Treue.

Die Gruppe *Ansar al-Dschihad auf dem Sinai* (auch bekannt als Kaida auf dem Sinai) wurde 2011 mit dem Ziel gegründet, den Schwur von Osama Bin Laden zu erfüllen. Der Gründer und frühere Arzt Bin Ladens, Ramzi Mowafi, floh 2011 aus dem Gefängnis, gründete im selben Jahr *Ansar al-Dschihad* und schwor dem Kaida-Führer Aiman al-Zawahiri Gefolgschaft. Die Gruppe bekannte sich zu einer Reihe von Anschlägen auf die Erdgaspipeline, mit der bis kürzlich Gas vom Sinai über Jordanien nach Israel transportiert wurde. Darüber hinaus wird ihr eine Mitwirkung an den im

August 2013 verübten Anschlägen auf die paramilitärischen Zentralen Sicherheitskräfte Ägyptens (CSF) nachgesagt.

Eine weitere Gruppierung mit Verbindungen zur Kaida sowie zur Kaida im Islamischen Maghreb (AQIM) und zur Kaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) ist das Mohammad-Jamal-Netzwerk (MJN). Ihr Gründer Mohammad Jamal wurde unter Mubarak inhaftiert und 2011 aus dem Gefängnis befreit. Bis zu seiner erneuten Verhaftung im Jahr 2012 war er der Kopf der Nasr-City-Zelle in Kairo und mutmasslich verantwortlich für die Planung von Anschlägen in Ägypten. Zuvor gelang es ihm jedoch, in Ägypten und Libyen zahlreiche Trainingslager zu errichten. Einige der Kämpfer, die am Anschlag auf die US-Botschaft im libyschen Bengasi beteiligt waren, sollen in MJN-Lagern in Libyen ausgebildet worden sein. Vermutungen zufolge wird das Netzwerk MJN von AQAP mitfinanziert und soll sowohl für AQAP als auch für AQIM Kämpfer angeworben und Aufträge ausgeführt haben. Jamal wird nachgesagt, Verbindungen zur «Provinz Sinai» und islamistischen Extremisten in Europa zu unterhalten.

Zunehmende Militanz

Die Verbreitung bewaffneter islamistischer Gruppen auf dem Sinai hat viele Gründe. Von jeher war die Halbinsel Sinai vom ägyptischen Festland isoliert. Dafür ist nicht allein die geografische Lage verant-

Misstände der Volksgruppe haben die Beduinen in die Arme des radikalen Islam getrieben.

wortlich: Die ortsansässigen Beduinen, die rund 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen (circa 200'000 bis 300'000 Menschen), haben sich ihren östlichen Nachbarn immer schon enger verbunden gefühlt als ihren Landsleuten auf dem ägyptischen Festland. Viele der Beduinen-Stämme, darunter die Sawarka, Rumylat und Tarabin, haben ihre Heimat nicht nur auf dem Sinai, sondern auch in Gaza und in Israel. Vor diesem Hintergrund haben die ägyptischen Behörden die Beduinen des Sinai stets mit Misstrauen beobachtet. Verstärkt wurde dies durch die israelische Besetzung des Sinai 1967 bis zum vollständigen Rückzug im Jahr 1982. Beduinen sind vom ägyptischen Militär- und Sicherheitsdienst ausgeschlossen, und die Zentralregierung bestimmt ihre Stammesführer und Vertreter für die Volksversammlung.

Weitere Gründe für die Entfremdung rühren daher, dass der ägyptische Staat seit jeher die sozio-ökonomischen Bedürfnisse der Sinai-Beduinen ignoriert hat. Die Pläne zur Entwicklung des Sinai, ausgearbeitet unter Präsident Anwar Sadat, wurden unter seinem Nachfolger Mubarak schnell wieder verworfen. Die Entwicklung von Tourismuszentren wie Scharm El-Scheich am Golf von Akaba wurde von der beduinischen Bevölkerung als Versuch verstanden, die Festland-Ägypter zu begünstigen und die Beduinen ins Landesinnere des Sinai zu verdrängen. Im Norden des Sinai hingegen wurde die Agrarwirtschaft gefördert und eine Erdgaspipeline nach Israel und Jordanien gebaut. Auch diese Massnahmen gelten unter Beduinen als Ausbeutung ihres angestammten Landes, an dem sie laut Gesetz keinerlei Eigentumsrechte besitzen dürfen.

Weitgehend ausgeschlossen vom formalen Arbeitsmarkt und ohne Recht auf eigenen Grundbesitz haben die Beduinen auf dem Sinai eine Schattenwirtschaft entwickelt. Über ein weitverzweigtes Tunnelnetzwerk schmuggeln sie Drogen und verbotene Waren nach Israel. Die drei grossen Stämme, die zu beiden Seiten der Grenze mit dem Gazastreifen leben (Sawarka, Rumllyat und Tarabin) beherrschen den illegalen Handel. Im Süden der Halbinsel, nahe des israelischen Badeortes Eilat am Roten Meer, schmuggeln vorwiegend die Azazmeh- und Laheiwat-Stämme Zigaretten, Drogen und Migranten nach Israel. Die Schattenwirtschaft auf dem Sinai hat nach dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen 2005 und infolge der Gaza-Blockade 2007 stark zugenommen. Im Jahr 2009 sollen die Beduinen ihre Haupteinnahmen aus dem illegalen Handel mit Gaza bezogen haben. Es wird angenommen, dass die Handelsrouten bis nach Libyen und in den Sudan reichen.

Verschiedene Faktoren haben die Beduinen in die Arme des radikalen Islam getrieben, darunter die Missstände der Volksgruppe, ihre Entfremdung vom Staat sowie eine wachsende Antipathie gegenüber Israel. Ein Schlüsselmoment der Radikalisierung scheint das scharfe Vorgehen der Regierung gegen gewaltbereite islamistische Netzwerke auf dem Sinai gewesen zu sein. Das Durchgreifen war die Antwort auf die 2004 verübten Anschläge in den Touristenorten Taba und Nuweiba sowie auf die Bombenserie von 2005 in Scharm El-Scheich, die zu Massenverhaftungen und Inhaftierungen von lokalen Beduinen und salafistischen Dschihadisten führten. Der



Rückzug Israels aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 befeuerte die Radikalisierung unter den Beduinen ebenso wie die israelische Gaza-Blockade im Jahr 2007. Mit zunehmender Abhängigkeit der Beduinen von der Schmuggelwirtschaft nahm auch der ideologische Einfluss von Hamas und anderen Extremisten aus dem Gazastreifen zu. Darüber hinaus siedelten zahlreiche Geistliche nach den scharfen Repressalien von Hamas aus dem Gazastreifen auf den Sinai über.

Der Sturz des Mubarak-Regimes im Jahr 2011 war für die Beduinen geeigneter Anlass, ihre Autorität auf dem Sinai zurückzugewinnen. Nach Auseinandersetzungen mit den bewaffneten Beduinen hatten einige Einheiten der ägyptischen Sicherheitskräfte ihre Posten verlassen, woraufhin die Waffen- und Munitionsdepots im nördlichen Sinai geplündert wurden. Nach dem Sturz des Regimes in Libyen nahm die Quantität und Qualität der auf den Sinai geschmuggelten Waffen stark zu: Ein Teil der Waffenbestände wurde nach Gaza weitergeschmuggelt, andere Waffen gerieten in die Hände der Gruppen auf dem Sinai. Während des Machtvakuaums gelang es einigen der in den Jahren 2004 und 2005 inhaftierten Beduinen, aus dem Gefängnis zu fliehen.

Die Reaktion der Regierung

Seit 2011 versucht die Regierung, ihre Präsenz auf dem Sinai sowohl mit politischen als auch militärischen Mitteln wiederherzustellen. Der Oberste Rat der Streitkräfte lockerte die Restriktionen an den Grenz-

übergängen und hoffte, damit zur innerpalästinensischen Aussöhnung beizutragen und gleichzeitig die Autorität der Fatah-Partei im Gazastreifen zu stärken. Darüber hinaus nahm der Rat Gespräche mit den Stammesführern der Beduinen auf, um den Gesellschaftsvertrag mit den Beduinen neu zu verhandeln. Die Verhandlungen stiessen bei den Sicherheitskräften jedoch auf massiven Widerstand und wurden von nationalen Sicherheitsbedenken überlagert. Vor diesem Hintergrund startete der Oberste Rat der Streitkräfte Mitte 2011 die Operation «Eagle I». Mit der grössten Mobilisierung von Militärstreitkräften auf dem Sinai seit dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 verfolgte das Militär das Ziel, die salafistischen Dschihadisten aus den urbanen Zentren im Norden des Sinai zu verdrängen. So wollten die Generäle den Druck auf Hamas erhöhen, die Verbindungen zwischen den Gruppen auf dem Sinai und denen im Gazastreifen zu unterbinden, zum Beispiel durch strengere Grenzkontrollen und beschränkte Kraftstofflieferungen. Keine der Massnahmen zeigte indes den gewünschten Erfolg.

Während der Präsidentschaft von Mohamed Mursi wurde 2012/13 ein zweigleisiger Ansatz verfolgt. Mursi zeigte sich bereit, die sozio-ökonomischen Missstände der Beduinen zu berücksichtigen und initiierte Gespräche mit den bewaffneten Gruppen des Sinai, die von Salafisten und früheren Extremisten moderiert wurden. Zudem setzte er sich für eine Lockerung der Restriktionen beim Güter- und Warenverkehr nach Gaza ein. Doch trotz der

Bemühungen hielten die Kampfhandlungen im Sinai an, was wenig später mit einer militärischen Antwort quittiert wurde. Die Operation «Eagle II» startete Mitte 2012 mit dem Ziel, den Suezkanal zu schützen, bewaffnete Islamisten zu bekämpfen und das Tunnelnetzwerk zu zerstören.

Nach dem Militärputsch 2013 verfolgte die neue Regierung in Kairo einen aggressiveren Kurs, der mit Massenverhaftungen und strengen Sicherheitsmassnahmen einherging. Im Oktober 2014 verhängte Kairo im Norden Sinais den Ausnahmezustand und eine Ausgangssperre, zerstörte im Grenzgebiet zwischen Sinai und Gaza zahlreiche Häuser und versuchte auf diese Weise, eine 14 Kilometer lange und 500 Meter breite Pufferzone zu errichten. Die Bewohner von etwa 800 Haushalten mussten ihre Häuser innerhalb von 48 Stunden verlassen, bevor diese vom Militär abgerissen wurden. Im Jahr 2014 ging die Zahl der Terroranschläge zwar zurück, es ist jedoch zu befürchten, dass das Vorgehen der Regierung von Abdel Fattah al-Sisi, das stark an das Mubarak-Regime erinnert, die Militanz unter den Beduinen allenfalls verschlimmern wird.

Der Sinai, Israel und Gaza

Die explosive Mischung aus gewaltbereiten Kräften auf dem Sinai, die Ziele in Israel angreifen und Waffen in den Gazastreifen schmuggeln, könnte die Beziehungen zwischen Ägypten und Israel gefährden. Der 1979 zwischen Ägypten und Israel geschlossene Friedensvertrag, der den kalten Frieden besiegelt, enthält keinerlei Bestimmungen zu nichtstaatlichen Akteuren des Sinai, welche die Sicherheit des einen oder anderen Staates bedrohen. Der Vertrag sieht lediglich eine Unterteilung des Sinai in verschiedene Zonen vor. In der Zone A, die an das ägyptische Festland grenzt, darf Ägypten Panzergrenadierverbände mit einer Stärke bis zu 20'000 Mann stationieren. In der Zone B dürfen zur Unterstützung der Zivilpolizei vier Grenztruppen-Bataillone entsandt werden. In der Zone C, an der Grenze zu Israel, ist die militärische Präsenz Ägyptens gänzlich untersagt. Die *Multinational Force and Observers* (MFO), eine multinationale Militärtruppe, die 1981 als Alternative zu UNO-Friedenstruppen

ins Leben gerufen wurde) überwacht die Einhaltung dieser Bestimmungen. Finanziert wird die MFO von Ägypten, Israel und den USA sowie durch Beiträge anderer Staaten, darunter auch der Schweiz. In der Zone D, die auf israelischem Staatsgebiet verläuft, darf Israel bis zu vier Infanterie-Bataillone stationieren.

Trotz der Einschränkungen sieht der Friedensvertrag die Möglichkeit vor, die Zahl der ägyptischen Streitkräfte auf dem Sinai ad hoc zu erhöhen. Voraussetzung hierfür ist die Zustimmung Israels, wie in der Vergangenheit geschehen. Seit 2011 wurden ägyptische Streitkräfte nur ein einziges Mal ohne vorherige Zustimmung Israels in die Zone C entsandt, jedoch nach dem Einspruch Israels sofort wieder abgezogen. Offiziell wehrt sich Israel gegen die dauerhafte Remilitarisierung der Zone C, de facto hat Israel der Remilitarisierung des östlichen Sinai jedoch längst zugestimmt und verlässt sich auf das ägyptische Militär, die Lage auf dem Sinai zu kontrollieren. Bisher hat Israel darauf verzichtet, Präventivschläge auf ägyptischem Boden auszuführen, die Behörden leiten aber regelmässig nachrichtendienstliche Erkenntnisse aus dem Gazastreifen an Ägypten weiter. Der Erhalt der stabilen Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten hängt massgeblich vom Grundsatz des guten Glaubens ab.

Die Situation auf dem Sinai hat aber auch Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Kairo und Hamas. In den letzten Jahren des Mubarak-Regimes äusserte Ägypten wachsende Besorgnis über mögliche Synergien zwischen militanten Kräften im Gazastreifen, Hamas und der beduinischen Bevölkerung auf dem Sinai. Nach ihrer Machtübernahme im Gazastreifen war es Hamas ein Anliegen, ihre Rolle beim Erhalt der Stabilität zu unterstreichen. Das scharfe Vorgehen von Hamas gegen die salafistischen Dschihadisten im Gazastreifen trieb zahlreiche Anhänger auf den Sinai, wo sie von Beduinen-Stämmen sowie von ägyptischen und ausländischen Extremisten mit offenen Armen empfangen wurden. Die Versuche der Behörden in Kairo, diese Zusammenschlüsse zu unterbinden, untergräbt wiederum die Autorität von Hamas im Gazastreifen, so bedeutet

die Zerstörung der Schmugglertunnel beispielsweise einen herben finanziellen Verlust für Hamas.

Perspektiven: Lokaler Dialog

Bis heute scheint keine langfristige Lösung in Sicht. Die ausschlaggebenden Faktoren für die Unruhen und die Schaffung eines Zufluchtsorts für Dschihadisten bestehen weiter fort. Die Bevölkerung lebt entfremdet vom Staat und in wirtschaftlicher Abhängigkeit von kriminellen Aktivitäten. Daneben bestärken die Unterdrückung von Islamisten in Ägypten und der unsensible Umgang mit den Beduinen auf dem Sinai die salafistischen Dschihadisten in ihrer verzerrten Wahrnehmung und bescheren ihnen stetig neuen Zulauf. Langfristig sind zahlreiche Massnahmen notwendig, um die Beduinen in die reguläre Beschäftigung zu integrieren und Alternativen zur Schmuggelwirtschaft aufzuzeigen. Darüber hinaus sind die Stammesführer an der Politik zu beteiligen und die Beduinen in die staatlichen Strukturen des Sinai einzubinden. Dies wird zu besseren Beziehungen zwischen den Behörden in Kairo und der lokalen Bevölkerung führen und die Sicherheitslage auf der Halbinsel verbessern. Angesichts der wirtschaftlich verheerenden Lage des Landes und der unzähligen Herausforderungen Ägyptens ist jedoch zu befürchten, dass der Sinai auch künftig vernachlässigt wird – trotz des im Nachgang zu den Terroranschlägen vom Januar 2015 abgegebenen Versprechen der Regierung, in den Sinai zu investieren. Die Staaten, die ein Interesse an der Transformation Ägyptens und der Stabilität in der Region haben, darunter auch die Schweiz, tun gut daran, den lokalen Dialog und die nachhaltige Entwicklung zu fördern sowie Arbeitsplätze für lokale Beduinen zu schaffen. Zu den legalen Beschäftigungsmöglichkeiten für Beduinen zählen die kleinbäuerliche landwirtschaftliche Produktion für Nischenmärkte. Zudem profitieren sie von der Vergabe von Mikrokrediten oder der finanziellen Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen.

Dr. Lisa Watanabe ist Senior Researcher am Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich und Mitglied des Think-Tank-Teams «Schweizerische und euroatlantische Sicherheit».

Die **CSS Analysen** zur Sicherheitspolitik werden herausgegeben vom Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich. Jeden Monat erscheinen zwei Analysen auf Deutsch, Französisch und Englisch. Das CSS ist ein Kompetenzzentrum für schweizerische und internationale Sicherheitspolitik.

Herausgeber: Christian Nünlist und Matthias Bieri
Übersetzung: Imke Trainer; Lektorat: Tashi Dolma Hinz
Layout und Infografiken: Miriam Dahinden
ISSN: 2296-0236

Feedback und Kommentare: analysen@sipo.gess.ethz.ch
Bezug und Abonnement: www.css.ethz.ch/cssanalysen

Zuletzt erschienene CSS-Analysen:

EU-Aussenpolitik: Von Ashton zu Mogherini Nr. 167
Das Neo-Kalifat des «Islamischen Staates» Nr. 166
Die US-Kampagne gegen den Islamischen Staat Nr. 165
Letale autonome Waffensysteme als Herausforderung Nr. 164
Internet-Gouvernanz: Zeit für ein Update? Nr. 163
Irreguläre Einwanderung als Herausforderung für Europa Nr. 162